

Klienteninfo

Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis

1	Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für Unternehmer.....	1
2	Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für Arbeitgeber	3
3	Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für Arbeitnehmer	4
4	Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für alle Steuerpflichtigen	4
5	Energieausweis NEU.....	6

1 Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für Unternehmer

1.1 Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, Gewinne und Verluste (auch ausländische) der einbezogenen Gesellschaften auszugleichen. Dies bietet mitunter **erhebliche positive Steuereffekte**. Voraussetzung sind die geforderte finanzielle Verbindung (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter Gruppenantrag. Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der Gruppenantrag bis **spätestens 31.12.12** einzubringen, damit er noch Wirkung für die Veranlagung 2012 entfaltet. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Unternehmensgruppe (etwa weil eine neue Beteiligung am 1.1.12 erworben wurde). Aufbauend auf einer **EuGH-Entscheidung** können nunmehr auch die Ergebnisse **inländischer Enkelgesellschaften** (Zwischengesellschaft im Gemeinschaftsgebiet) dem Gruppenträger zugerechnet werden. Bei **ausländischen Gruppenmitgliedern** sind ab der Veranlagung 2012 erstmalig die neu eingeführten **Verlustverrechnungsgrenzen** zu beachten.

1.2 Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungsaufwendungen und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von

Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) betraglich nicht gedeckelt. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen inländischen Auftragnehmer handelt – beim Auftraggeber auf **1.000.000 €** begrenzt (Erhöhung von zuvor 100.000 €). Durch Entrichtung eines Verwaltungskostenbeitrags von 1.000 € und mit einem **Projektgutachten** der Forschungsförderungsgesellschaft m.b.H. können auf Antrag die Voraussetzungen für die Geltendmachung von Forschungsprämien für beabsichtigte Forschungen und experimentelle Entwicklungen **bescheidmäßig** bestätigt werden (**Advance Ruling**).

1.3 Gewinnfreibetrag

Der Freibetrag für investierte Gewinne steht auch 2012 allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 13 % des Gewinnes** (maximal **100.000 €** pro Jahr). Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **13 %** (somit 3.900 €) zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen** bzw. bestimmte Wertpapiere – sogenannte §-14-EStG-Wertpapiere – (insbesondere Anleihen und Anleihenfonds) und erfordern eine Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** von 4 Jahren. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu. Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben** der **Steuerbelastung** auch die **Sozialversicherungsbelastung**. Da ab 2013 bei Besserverdienenden (für Gewinne über 175.000 €) der Gewinnfreibetrag deutlich reduziert wird, kann es sinnvoll sein, für das Jahr 2013 geplante Investitionen noch vorzuziehen.

Beispiel:

	ohne Investition	mit Investition
Gewinn vor Gewinnfreibetrag	100.000 €	100.000 €
Grundfreibetrag	3.900 €	3.900 €
Investitionsbedingter Freibetrag	0 €	9.100 €
Gewinnfreibetrag gesamt	3.900 €	13.000 €
Bemessungsgrundlage Steuer	96.100 €	87.000 €
Durchschnittssteuersatz	39,84 %	38,78 %
Steuer	38.285 €	33.735 €
Steuerersparnis		4.550 €

1.4 Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/ Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach** dem **30.6.12** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2012 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. 400 €) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden.

E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für in § 19 Abs 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-,

Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie wirtschaftlich gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

1.5 Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.12** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2005**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen **Grundstücke** nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich – wenn das Grundstück **nach** dem **31.3.12** erstmals als **Anlagevermögen** genutzt wird bzw. bei Vermietung zu Wohnzwecken zusätzlich der **Mietvertrag** nach dem 31.3.12 abgeschlossen wurde – die **Aufbewahrungspflicht** auf **22 Jahre**. Keinesfalls sollen Unterlagen vernichtet werden, die zur Beweisführung z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

1.6 Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen sowie an Universitäten etc. können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10 %** des Gewinns des vorangegangenen Wirtschaftsjahres (ab 2013 wird sich die 10 %-Grenze vermutlich auf den Gewinn des laufenden Jahres beziehen) Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke** sind als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar. Wesentlich ist, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2012 geleistet wurde und nachgewiesen werden kann. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass betriebliche und private Spenden **zusammen** das Maximum von 10 % des Gesamtbetrags der Vorjahreseinkünfte nicht überschreiten dürfen.

2 Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für Arbeitgeber

2.1 Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- Betriebsveranstaltungen (z.B. Weihnachtsfeier) 365 €.
- Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €.
- Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden.
- Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, nicht aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze).
- Zukunftssicherung (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €.

- Mitarbeiterbeteiligung 1.460 €.
- Freie oder verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz. Gutscheine für Mahlzeiten bis zu einem Wert von 4,40 € pro Arbeitstag, wenn sie nur am Arbeitsplatz oder in direkter Umgebung verwendet werden können.
- Zuschuss für Kinderbetreuungskosten 500 €.

3 Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für Arbeitnehmer

3.1 Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.12** entrichtet werden, damit sie 2012 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen.

3.2 Arbeitnehmerveranlagung 2007 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2007** läuft die Frist am 31.12.12 ab. Mittels Antragsveranlagung können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des Freibertragsbescheids noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**. Wurden Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag samt Kinderzuschlag beim Arbeitgeber nicht entsprechend berücksichtigt, so kann eine nachträgliche Beantragung über die **Arbeitnehmerveranlagung** (Formular L1) oder durch einen **Erstattungsantrag** mittels Formular E5 (wenn keine lohnsteuerpflichtigen Einkünfte vorliegen) erfolgen.

3.3 Übertragung Abfertigungsansprüche in eine Betriebliche Vorsorgekasse (BVK)

Bis zum 31.12.12 besteht noch die Möglichkeit, einen **Vollübertritt** von der „Abfertigung alt“ in die **BVK („Abfertigung neu“)** zu vollziehen. Die bisher erworbenen Abfertigungsansprüche werden durch eine Einmalzahlung des Arbeitgebers an eine BVK übertragen. Ein solcher Wechsel setzt eine entsprechende Einigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber voraus. Ein ebenfalls zu vereinbarenden **Teilübertritt** (Abfertigungsansprüche bis zum Übertritt bleiben aufrecht, dann zahlt Arbeitgeber in die BVK ein) ist weiterhin ohne zeitliche Beschränkung möglich.

4 Steuerliche Maßnahmen zum Jahreswechsel – Für alle Steuerpflichtigen

4.1 Sonderausgaben – Topfsonderausgaben

Die Absetzbarkeit ist mit einem **Höchstbetrag von 2.920 €** zuzüglich weiterer 2.920 € für Alleinverdiener sowie insgesamt weiterer 1.460 € ab drei Kindern beschränkt. In diese Grenze fallen insbesondere Ausgaben für Lebens-, Unfall- und Krankenversicherungen, Ausgaben für Wohnraumsanierung sowie für die Anschaffung junger

Aktien. Die im Rahmen dieser Höchstbeiträge geltend gemachten Ausgaben wirken sich nur mit einem **Viertel steuermindernd** aus. Bei einem Jahreseinkommen zwischen **36.400 € und 60.000 €** reduziert sich der absetzbare Betrag überdies gleichmäßig bis auf **den Pauschalbetrag von 60 €**.

4.2 Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: der Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalisierte Steuerpflichtige können Steuerberatungskosten jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind seit 2012 im Ausmaß von bis zu **400 €** absetzbar (davor 200 €).

4.3 Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen etc.**) können Spenden iHv **max. 10 % des Vorjahreseinkommens** (ab 2013 gilt wahrscheinlich das Einkommen des laufenden Jahres) geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld-) **Spenden an mildtätige Organisationen** (BMF-Liste) Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Vorjahreseinkommens**. Die Spenden müssen gegebenenfalls mittels Einzahlungsbeleg nachgewiesen werden. Seit 2012 sind dabei auch Spenden an **Tierschutzvereine** wie auch an Tierheime steuerlich abzugsfähig.

4.4 Außergewöhnliche Belastungen

Damit der **Selbstbehalt** überstiegen wird, kann es sinnvoll sein, **Zahlungen** noch in das Jahr 2012 **vorzuziehen** (z.B. für Krankheitskosten, Einbau eines behindertengerechten Bades). Unterhaltskosten sind nur insoweit abzugsfähig, als sie beim Unterhaltsberechtigten selbst außergewöhnliche Belastungen darstellen würden. Bei **Katastrophenschäden entfällt** der Selbstbehalt. Ausländische Einkünfte sind bei der Einkommensermittlung sowohl für die Höhe der Topsonderausgaben als auch der außergewöhnlichen Belastung mitbestimmend.

4.5 Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten

Kinderbetreuungskosten können für Kinder **bis zum 10. Lebensjahr** mit bis zu 2.300 € pro Kind und Jahr als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich geltend gemacht werden. Die Abzugsfähigkeit beschränkt sich auf **tatsächlich angefallene Betreuungskosten**, welche gegebenenfalls um den steuerfreien Zuschuss des Arbeitgebers zu reduzieren sind. Die Kinderbetreuung muss in privaten oder öffentlichen **Kinderbetreuungseinrichtungen** bzw. durch **pädagogisch qualifizierte Personen** erfolgen.

4.6 Wertpapiere – KEST-Optimierung bei Kapitalbesteuerung neu

Die Neuregelungen im Rahmen der Kapitalbesteuerung führen für **Privatanleger** dazu, dass der **KEST-Abzug** iHv **25 %** bei **Kursgewinnen** und **laufenden Erträgen** (z.B. Dividenden, Anleihezinsen) wie auch die Berücksichtigung von **Veräußerungsverlusten** für den Zeitraum von **1.4. bis 31.12.12 automatisch** von der Depot führenden Stelle vorgenommen werden. Da der Saldo aus laufenden Erträgen und aus Veräußerungen am Stamm (von **Neubeständen**) nach dem 1.4.12 der 25%igen Besteuerung unterworfen wird und **kein Verlustvor-**

trag möglich ist, können durch **gezielte Realisierungen** zum Jahresende hin noch Steuervorteile erreicht werden. Dabei ist zu beachten, dass **Dividenden** aus **Alt- und Neubeständen** (Aktien mit Anschaffung nach 31.12.10 sind Neubestand) einfließen, hingegen **Anleihezinsen** nur dann, wenn die Anleihe **nach dem 1.4.12** erworben wurde. Aus Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne eines **Ausgleichs** von KEST-Belastung aus Anleihezinsen mit „KESt-Gutschrift“ aus Veräußerungsverlusten kann eine **Veräußerung** der Anleihe und **Beschaffung der Anleihe als Neubestand** angedacht werden. Die **vorgezogene Verlustrealisation** aus Aktienpositionen des Neubestands erscheint sinnvoll, wenn ein KEST-Plus aus laufenden Erträgen oder Kursgewinnen vorliegt, da ja bei erwarteter positiver Kursentwicklung betriebswirtschaftlich **neuerdings** in dieses Papier investiert werden kann. Genauso können **Kursgewinne verwirklicht** werden, um einen **Verlustüberhang** aus Veräußerungsverlusten („KESt-Gutschrift“) im Jahr 2012 **auszugleichen**. Schließlich ist noch zu beachten, dass Aktien (ebenso Investment- und Immobilienfonds), welche **zwischen 1.1.11 und 1.4.12** angeschafft wurden, für die Berechnung der KEST iZm der Veräußerung des Stamms, mit ihrem **Markkurs zum 30.3.12 bewertet** wurden. Ist dieser Wert **niedriger als** der **tatsächliche** Anschaffungskurs, so ist dies im Rahmen der (automatischen) Kursgewinnbesteuerung **nachteilig**. Allerdings kann der **tatsächliche (höhere) Anschaffungskurs** bei der Veranlagung **nachgewiesen** und somit der Nachteil korrigiert werden.

4.7 Grundbuchsgebührennovelle entschärft

Der auf dem **VfGH-Erkenntnis** basierende Übergang von dem Einheitswert auf den Verkehrswert als **Bemessungsgrundlage** für die 1,1%ige **Grundbucheintragungsgebühr** kann **ab 1.1.13** zu einer **erheblichen Kostensteigerung** bei Grundstücksübertragungen führen (besonders bei **Schenkungen/Erbschaften** und bei Umgründungen). Nunmehr wurde allerdings durch die BM für Justiz **klargestellt**, dass der **Einheitswert** für (entgeltliche und unentgeltliche) Transaktionen innerhalb eines ausgedehnten Familienbegriffs – z.B. sind davon auch Enkel und Geschwister umfasst – **beibehalten** werden soll. Überdies soll die bisherige Regelung für alle **Anträge** (z.B. Schenkungen) gelten, die **bis zum 31.12.12** bei Gericht **eingelangt** sind. Im Falle einer zeitnah geplanten unentgeltlichen Übertragung von Liegenschaften sind die geplanten Änderungen bei der Grundbucheintragungsgebühr aber jedenfalls zu berücksichtigen.

4.8 Zukunftsvorsorge – Bausparen - Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die **2012** geförderte private Zukunftsvorsorge im prämierten Ausmaß von 2.329,88 € p.a. führt zu einer seit 2012 gekürzten **staatlichen Prämie** von **4,25 % (99,02 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2012 eine **staatliche Prämie** von **22,50 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).

5 Energieausweis NEU

Das neue Gesetz trat mit 1.12.2012 in Kraft. Es gilt für alle Kauf- und Bestandsverträge, die ab diesem Zeitpunkt geschlossen werden. Für alle Verträge, die bis zum 30.11.2012 abgeschlossen werden, gelten die bisherigen Regelungen. Neu ist die Angabe des Gesamtenergieeffizienz-Faktors in der Skalierung des Energieausweises. Bisher war nur der Heizwärmebedarf ausschlaggebend. Der Energieausweis gilt 10 Jahre und muss vom Eigentümer, Verkäufer oder Vermieter der Immobilie erstellt werden.